

EAPN Magazine 136

INHALT:

- Seite 2 **Editorial: Die im Kampf gegen Armut tätigen NRO zeigen Entschlossenheit**
- Seite 3 **Armutsbekämpfung heute: Im Kampf gegen Armut tätige NRO definieren ihre Beratungsrolle neu, gehen Bündnisse ein und fordern einen sinnvollen zivilen Dialog** von Tanya Basarab, EAPN Secretariat
- Seite 6 **Deutschland: Nur eine vereinte Zivilgesellschaft kann die Politik beeinflussen** von Carola Schmidt, Geschäftsführerin der Nationalen Armutskonferenz
- Seite 8 **Island: Organisationen gegen Armut erheben die Stimme, Stärken und Herausforderungen einer Dienstleistungs- und einer Lobbyingorganisation** von Thorbera Fjölisdóttir, EAPN Island
- Seite 10 **Lobbying in Serbien: Bescheidene Erfolge, keinerlei Tradition und Mittel, aber die Bemühungen gehen weiter** von Marija Babovic, EAPN-Serbien
- Seite 13 **Italien: Die Zivilgesellschaft vereinigt ihre Kräfte zur Rettung des Sozialstaats** von Nicoletta Teodosi, EAPN Italien
- Seite 15 **Schweden: Menschen in die Politik bringen – Hilfe für Delegationen von Betroffenen, damit sie sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen können** von Sonja Wallbom, EAPN Schweden
- Seite 18 **Menschen = Macht** Interview mit Izabella Marton, EAPN Ungarn
- Seite 20 **Die Sicht der Kinder in den Kampf gegen Armut einbringen** von Jana Hainsworth, Eurochild
- Seite 23 **Unsere neuen Herausforderungen: Der Kampf für die Wiederherstellung der Rationalität und der moralischen Werte** von Duhomir Minev, EAPN Bulgarien

Editorial: Die im Kampf gegen Armut tätigen NRO zeigen Entschlossenheit

Diese Ausgabe des EAPN-Magazins stellt die im Kampf gegen Armut tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in den Mittelpunkt: Wie reagieren sie auf die Herausforderungen eines politischen Rahmens, der von Sparmaßnahmen dominiert wird, die enorme Auswirkungen auf die Menschen haben, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind, und die vereinbarten Strategien gegen Armut untergraben? Der zivile Dialog ist ebenfalls gefährdet. Er sollte die Umsetzung dieser Strategien unterstützen, und zwar unter Einbeziehung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen sowie der NRO, die sie vertreten. Die vorliegende Ausgabe des Magazins betrachtet insbesondere, wie sich die im Kampf gegen Armut tätigen NRO anpassen, um ihre Beratungsrolle im aktuellen Kontext erfüllen zu können.

Die verschiedenen Beiträge heben hervor, dass die Entwicklung der NRO vom nationalen Kontext, ihrer Geschichte und der Qualität des Dialogs mit den Behörden abhängt. Der aktuelle politische Kontext zwingt die NRO, über ihre traditionelle sozialpolitische Rolle hinauszugehen, um Einfluss auf die wichtigen Fragen der Demokratie und der wirtschaftlichen und politischen Prioritäten zu nehmen; hierzu

gehört auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und das Anregen entsprechender Debatten. Viele Artikel heben auch hervor, dass stärkere und breitere Bündnisse nötig sind, um sich Gehör zu verschaffen, und es werden Beispiele gezeigt, wie solche Bündnisse entstehen.

Die Mitglieder von EAPN möchten einen sinnvollen und strukturierten zivilen Dialog und sind der Ansicht, dass dieser, begleitet von echtem politischen Engagement, kreative Antworten und Fortschritte im Kampf gegen Armut erzielen kann. Fehlt ein Dialog, der das Leben der Menschen wirklich verbessern kann, so sollten die NRO, wie der Artikel aus Ungarn aufzeigt, überlegen, ihre begrenzten Mittel dafür einzusetzen, motivierte Menschen zu finden und zu stärken, *„anstatt zu versuchen, diejenigen zu motivieren, denen alles egal ist“*.

Die Beiträge dieses Magazins lassen erkennen, dass unsere Demokratie in einer echten Krise steckt. Sie zeigen jedoch auch die Entschlossenheit der im Kampf gegen Armut tätigen NRO angesichts dieser enormen Herausforderungen und ihren Willen, sich anzupassen, um weiterhin eine Rolle zu übernehmen, wenn es darum geht, eine Zukunft zu gestalten, die allen Menschen ein besseres Leben garantiert.

**Armutsbekämpfung heute:
Im Kampf gegen Armut tätige NRO
definieren ihre Beratungsrolle neu, gehen
Bündnisse ein und fordern einen
sinnvollen zivilen Dialog**
von Tanya Basarab, EAPN-Secretariat

Hintergrund

Die Europäische Union hat im Lauf der Zeit ihr Engagement verstärkt, um Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung eines positiven Europas für alle Menschen miteinzubeziehen. In den letzten Jahren wurden jedoch die Mechanismen des zivilen Dialogs sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene geschwächt. Viele Beiträge in dieser Ausgabe des Magazins bestätigen diese Realität und zeigen die Bemühungen der im Kampf gegen Armut tätigen NRO, ihre Arbeit neu zu gestalten, damit sie auch weiterhin eine effektive Beratungsrolle einnehmen können. Die Beiträge ermöglichen den Blick auf ein breiteres Bild, das sich aus den individuellen Bemühungen vieler verschiedener NRO ergibt, die in unterschiedlichen nationalen Realitäten und auf europäischer Ebene tätig sind.

Die Offene Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und Soziale Eingliederung (Soziale OMK) unter der Lissabonner Strategie (2000-2010) bot ein Governance-Modell auf verschiedenen Ebenen, das ein dynamisches politisches Engagement verschiedener Akteure ermöglichte, einschließlich der NRO und der von Armut betroffenen Menschen. Dadurch konnte sich ein allgemeines Verständnis für die Ursachen, Folgen und Lösungen für Armut entwickeln bzw. es kam zu einer allgemeinen Aneignung der genannten Aspekte. Es entstand auch ein Konsens über Prioritäten, die im Rahmen multidimensionaler integrierter Strategien gegen Armut anzugehen sind: Aktive Eingliederung, Kinderarmut und

Wohlergehen der Kinder, Obdachlosigkeit, Eingliederung von Roma und Migranten. Zwar waren die Erfolge begrenzt, doch profitierten viele der beteiligten NRO von einem verbesserten zivilen Dialog.

Die Strategie Europa 2020 fördert „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ und enthält als Hauptziel auch ein Ziel zur Armutsreduzierung. Diese Strategie beruht auf Nationalen Reformprogrammen, gemeinsamen Richtlinien und sieben EU-Leitinitiativen und wird über Strukturfonds und nationale Finanzierungen umgesetzt. Dies ist zwar ein Fortschritt hinsichtlich der Einbeziehung sozialer Belange in die übergreifende EU-Strategie, doch berichten nur zwei nationale EAPN-Netzwerke, dass sie sich an der ersten Runde der Entwicklung der Nationalen Reformprogramme sinnvoll beteiligen konnten¹. Die Leitinitiative „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ (European Platform against Poverty and Social Exclusion - EPAP) bietet nur eine eingeschränkte Beteiligung auf europäischer Ebene und keine Möglichkeiten auf nationaler Ebene. EAPN wird mit weiteren NRO auch künftig fordern, dass die europäischen Institutionen ihre Verpflichtungen zur aktiven Mitwirkung der Akteure einhalten. Bisher signalisiert die Strategie Europa 2020 einen Rückgang des zivilen Dialogs.

In der Realität werden die Strategie Europa 2020 und ihre Verpflichtungen von den ‚Sparmaßnahmen‘ der Mitgliedstaaten überholt, mit denen die europäischen Entscheidungen zur Lösung der Krise eingehalten werden sollen. Diese Sparmaßnahmen treiben immer mehr Menschen in die Armut bzw. erhöhen die Not der Menschen, die

¹ EAPN (2011) Delivering Inclusive Growth – EAPN assessment of the 2011 NRPs.

bereits von Armut betroffen sind. Die ergriffenen Maßnahmen zeigen keine echten Bemühungen, um die wachsende Ungleichheit zu bekämpfen, erschweren es aber den NRO, sich am zivilen Dialog zu beteiligen, da sie Gefahr laufen, sich von ihrer Basis zu entfremden, sollte ihr Engagement nicht zu einem echten Prioritätenwechsel führen. Die Sparmaßnahmen haben direkte Auswirkungen auf die im Kampf gegen Armut tätigen NRO: Mittel werden gekürzt, insbesondere für NRO, die beratend tätig sind oder sich für den Aufbau kommunaler Gemeinschaften einsetzen. Die Folge sind Entlassungen und Schließungen.

Ein allgemeiner Trend, der auch schon vor der Krise bestand, ist, dass viele Länder die finanzielle Unterstützung – so es sie überhaupt jemals gab – für Aktionen zur Mobilisierung, Ausbildung und Stärkung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen kürzen. Diese Aktionen sollten dazu dienen, dass sich die Menschen an Maßnahmen beteiligen können, die ihr Leben beeinflussen. Die Finanzierung ist häufig an das Erbringen direkter Dienstleistungen gebunden. Das Angebot von Dienstleistungen und Beratungsarbeit miteinander zu kombinieren, kann sich jedoch als schwierig erweisen.

Der Weg hin zu einem demokratischeren Europa ohne Armut

Bei Lektüre der vorliegenden Ausgabe des Magazins zur Rolle der im Kampf gegen Armut tätigen NRO zeigt sich, dass Folgendes notwendig ist: 1.) Die momentan vorherrschenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind in Frage zu stellen, 2.) stärkere Bündnisse müssen entwickelt werden und 3.) ein sinnvoller ziviler Dialog ist einzufordern.

Die momentan vorherrschenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Frage stellen

EAPN weiß schon seit langem, dass Armut nicht nur mit sozialpolitischen Maßnahmen bekämpft werden kann. Aus diesem Grunde fordert EAPN Maßnahmen und Aktionen gegen Ungleichheiten, und dass in unseren Gesellschaften die Frage, was mit dem Wohlstand passiert, in den Mittelpunkt gerückt wird. Die Krise macht es für soziale NRO umso notwendiger, die eigene Komfortzone zu verlassen und die vorherrschenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zu mehr Armut und Ungleichheiten führen, in Frage zu stellen. Die EAPN-Konferenz² im September 2011 war ein Beispiel für diesen Ansatz. Zu den wichtigsten Botschaften der Konferenz gehören die Forderung nach einer gerechteren Besteuerung/mehr Steuergerechtigkeit, die Notwendigkeit einer effektiven Finanzregulierung, die Notwendigkeit von Eurobonds sowie die Notwendigkeit, sich bei der Messung echter Fortschritte nicht nur auf das Bruttoinlandsprodukt zu beschränken.

Der Kampf gegen Armut erfordert aber auch eine gute Sozialpolitik. EAPN lehnt den im vergangenen Jahrzehnt entstandenen Trend ab, Sozialschutz eher als Last denn als Investition zu sehen. Nach Ansicht von EAPN stellt dieser Trend einen systematischen Angriff auf den Sozialstaat dar. Teil dieses Angriffs besteht darin, Armut als persönliche Verantwortung und Schuld zu betrachten. Von Armut bedrohte oder betroffene Menschen werden immer häufiger stigmatisiert, wobei Armut nicht als strukturelles Problem angesehen wird, sondern als eines, das in der persönlichen Verantwortung des Einzelnen liegt. EAPN fordert eine Zusammenarbeit auf EU-

² EAPN (2012) Re-engaging Hope and Expectations: Getting out the Crisis Together – Alternative approaches for an inclusive recovery

Ebene, um soziale Standards aufzubauen und zu schützen. Die Annahme einer Richtlinie zu ‚adäquaten Mindesteinkommensmodellen‘ wäre in dieser Hinsicht ein wichtiger Schritt.

Entwicklung stärkerer Bündnisse

Im allgemeinen Kontext von Sparmaßnahmen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Armut und die Demokratie, mobilisieren sich die Menschen für demokratischere Gesellschaften mit größerer Gleichheit. Im Kampf gegen Armut tätige NRO reagieren auf die aktuelle Realität und definieren ihre Beratungsrolle neu. Viele Artikel der vorliegenden Ausgabe sprechen von der Wiedergeburt einer Zivilgesellschaft mit einer breiteren und unterschiedlicheren Basis, die ein Mitspracherecht und einen neuen, sinnvollen zivilen Dialog verlangt. EAPN ist bereits aktiv an verschiedenen Bündnissen mit den unterschiedlichsten Akteuren beteiligt, die die fehlende Transparenz kritisieren und sozialere und nachhaltigere Wege aus der Krise vorschlagen. In diesem Prozess hat EAPN bereits zahlreiche Aktivisten mobilisiert, die direkt von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind.³

Die Beiträge im vorliegenden Magazin umreißen auch neue Initiativen in verschiedenen Ländern, in denen neuartige Allianzen und Kampagnen zum Schutz der sozialen Rechte eingeleitet werden. Die weltweit neuen Arten der Mobilisierung zeigen die enorme Kreativität und Stärke, über die Menschen verfügen, wenn sie sich zur Verteidigung des Gemeinwohls zusammenschließen. Mitglieder von im Kampf gegen Armut tätigen NRO beteiligen sich an diesen Mobilisierungen und versuchen, von

diesen neuen Organisationsformen zu lernen.

Einforderung eines sinnvollen zivilen Dialogs

Organisationen im Kampf gegen Armut sind bereit, sich an einem sinnvollen zivilen Dialog zu beteiligen, der das Leben der Menschen wirklich verbessert und von Armut betroffene Menschen stärkt. Im aktuellen Kontext verschanzen sich Entscheidungsträger jedoch hinter dem Argument, dass die mit dem Dialog einhergehende Bürokratie die dringend notwendigen Reformen verzögert. EAPN vertritt die Auffassung, dass man die richtigen Reformen nur bekommt, wenn alle Akteure einbezogen werden. Dieser notwendige Dialog könnte an die Nationalen Reformprogramme angegliedert werden, und zwar über eine strukturierte Beteiligung und auf Grundlage der mit der Sozialen OMK gemachten Erfahrungen. Ohne einen solchen Dialog klingen die institutionellen Verpflichtungen zu einem zivilen Dialog hohl und verstärken nur den Eindruck eines Verlusts der demokratischen Kontrolle.

Die im Kampf gegen Armut tätigen NRO passen sich der Realität an, und trotz aller Schwierigkeiten werden sie weiterhin ihre Aufgabe wahrnehmen, Aktivisten mobilisieren und sich für Maßnahmen und Aktionen einsetzen, die auf eine fortschrittlichere Gesellschaft abzielen, die auf einem neuen sozialen und nachhaltigen Entwicklungsmodell basiert.

³ EAPN (2012) Breaking Barriers – Driving Change, case studies of building participation of people experiencing poverty

**Deutschland: Nur eine vereinte
Zivilgesellschaft kann die Politik
beeinflussen**

*von Carola Schmidt, Geschäftsführerin der
Nationalen Armutskonferenz*

Zwar gibt es einen Dialog zwischen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), doch kommen letztere oft enttäuscht und frustriert aus diesen Gesprächen. Wenn sie ihrer Stimme Gehör verschaffen wollen, müssen NRO, Gewerkschaften und weitere Akteure der Zivilgesellschaft jetzt eine geschlossene Front bieten.

In der Nationalen Armutskonferenz (nak) in Deutschland engagieren sich Wohlfahrtsverbände, Selbst- und Fremdhilfeorganisationen sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund gleichermaßen bundesweit gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Seit der Gründung des deutschen Armutsnetzwerks 1991 ist die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an politischen Prozessen, die sie betreffen, das Leitmotiv ihrer Arbeit. Das deutsche Armutsnetzwerk achtet daher sehr genau darauf, dass die Ziele der EU-Strategie 2020 zur Partizipation der Zivilgesellschaft in nationalen politischen Maßnahmen richtig umgesetzt werden. Die erhoffte Umsetzung des partnerschaftlichen Ansatzes, wie ihn die EU-Kommission definierte, bleibt hierzulande an vielen Stellen weit hinter den Erwartungen der NRO zurück. Eine Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgt - wie in jüngster Vergangenheit beim Nationalen Reformprogramm 2011 - häufig erst, nachdem die Verhandlungen um politische Maßnahmen abgeschlossen und die entscheidenden Zielkorridore festgelegt sind.

Ein Dialog, der zu nichts führt ...

In den meisten Fällen findet eine Mitwirkung der NRO in Form von Fachbeiräten statt. Im Rahmen der nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung wurde im vergangenen Jahr der Beirat, bestehend aus Vertretern von NRO und Wissenschaftlern, einberufen, um die Konzeption und Datenerhebung des alle vier Jahre erscheinenden Berichts zu diskutieren. Neben den mündlichen Anmerkungen, die während der zweistündigen Sitzung geäußert wurden, räumten die Vertreter der Bundesregierung eine schriftliche Beteiligungsform ein. Der Hinweis, dass Anregungen und Änderungen lediglich innerhalb einer Frist von zwei Wochen eingereicht werden können und das Konzept bereits in seinen Ausführungen feststehen würde, ließ den Verdacht zu, dass es sich bei der eingeräumten Mitwirkung der NRO lediglich um eine Pflichterfüllung handelt, die hingegen keinerlei Auswirkungen auf die inhaltliche Ausgestaltung des Berichts hat.

Selbiges Verfahrensmodell zeigte sich auch bei der Überarbeitung des Nationalen Reformprogramms (NRP) im November 2011. Das für den Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik verantwortliche Ministerium kündigte in einer Sitzung mit NRO-Vertretern eine schriftliche Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen mit begrenztem Umfang an und verwies darauf, dass es sich beim NRP um ein Regierungsdokument handelt, in dem Best Practice-Beispiele von gelungener Integration in den Arbeitsmarkt dargestellt werden sollen. Die kritischen Hinweise zur deutschen Indikatorenauswahl zur Armutsmessung und zur wenig ambitionierten Zielsetzung führten zu keinerlei Berücksichtigung in Regierungskreisen.

... oder noch zu unausgewogen ist

Solche Vorgehensweisen erzeugen in hohem Maße Unzufriedenheit und bewirken nicht zuletzt eine enorme Politikverdrossenheit, sowohl bei den von Armut Betroffenen als auch bei den Vertretern der zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Politikbegleitung aus der anwaltschaftlichen Rolle heraus ist jedoch außerordentlich heterogen und lässt sich keinesfalls verallgemeinern. Die Bundesrepublik Deutschland regelt im Artikel 50 des Grundgesetzes die Beteiligung der 16 Bundesländer an der Gesetzgebung und Verwaltung der nationalstaatlichen Ebene sowie hinsichtlich der Anliegen der Europäischen Union. Die Landesregierungen⁴ sind somit wesentliche Akteure in politischen Diskussions- und Handlungsprozessen, die nicht zu vernachlässigen sind.

Hierbei sei jedoch erwähnt, dass auf Ebene der Landesregierungen in weiten Teilen ein sehr sinnvoller und konstruktiver Dialog stattfindet, der jedoch noch unausgewogen ist. Voraussetzung für einen solch gewinnbringenden Prozess ist jedoch das Partnerschaftsprinzip und die damit einhergehende Augenhöhe, auf der sich Menschen mit Armutserfahrung sowie zivilgesellschaftliche und politische Akteure begegnen. Als nationales Netzwerk setzen wir uns dafür ein, diese Augenhöhe zur Grundvoraussetzung des strukturierten Dialogs mit Regierungsvertretern werden zu lassen. Wie die meisten Akteure der Zivilgesellschaft vertreten auch wir die Ansicht, dass der Druck auf Regierungen auf nationaler und europäischer Ebene aufrechterhalten werden muss bzw. dass die nationale Politik begleitet werden muss.

⁴ Landesregierungen haben – je nach Politikfeld – gesetzgebenden bzw. ausführenden Charakter.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit, angefangen mit den Medien

Im Rahmen der öffentlichen Bewusstseins-schaffung für die Belange von Menschen mit Armutserfahrung und für ihre alltäglichen Stigmatisierungen, versucht das deutsche Netzwerk in Form von Pressemitteilungen, Veranstaltungen und Aktionen vor Ort den Betroffenen eine Stimme zu geben. Die Sensibilisierung der Gesellschaft für die Notlagen von Menschen, die in Deutschland in Armut leben sowie eine respektvolle Berichterstattung der Medien, sind dabei die zentralen Anliegen. Dies war auch das spezifische Ziel der Aktion „Ich will raus aus der Armut“, im Rahmen der Fokuswoche des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung.⁵

Eine formale Beteiligung der NRO an den politischen Prozessen existiert, doch ist genau diese Formalität das Problem. In der politischen Lobbyarbeit der NRO muss es zukünftig verstärkt darum gehen, die Kooperation mit Gewerkschaften, Armutsforschern und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu suchen, um mit gemeinsamer Stimme auf Alternativkonzepte und die erforderlichen Gegenmaßnahmen zur derzeitigen Politik aufmerksam zu machen und die Öffentlichkeit zu erreichen. Nur, indem sich Allianzen bilden, können sich

⁵ Die Aktion wurde von nak und Caritas am Brandenburger Tor durchgeführt. Dort wurde durch mehrere Dutzend Aktive den Passanten und Touristen die Situation von Menschen vor Augen geführt, die mit geringen finanziellen Mitteln ihr Auskommen bestreiten müssen. An einer großflächigen „Armutsgrenze“ machten die Aktivisten mit T-Shirts, auf denen Aufschriften wie „Ich bin überschuldet und arm“, „Ich habe keine Ausbildung und bin arm“ oder „Ich bin Alleinerziehend und arm“ zu lesen waren, auf deren Situation aufmerksam. Dabei ging es vor allem darum, welche strukturellen Rahmenbedingungen zu verändern sind, um den bewusst gewählten Risikogruppen aus der Armut und sozialen Isolation zu helfen.

Organisationen, die sich gegen Armut und soziale Ausgrenzung engagieren, Gehör verschaffen.

**Island: Organisationen gegen Armut
erheben die Stimme
Stärken und Herausforderungen einer
Dienstleistungs- und einer
Beratungsorganisation**
von Thorbera Fjölnisdóttir, EAPN Island

Das EAPN Island wurde inmitten der Krise gegründet, als Mobilisierungen und Überlegungen zu der Art der Gesellschaft, in der wir leben wollen, stattfanden. Die Rolle und der Beitrag der NRO im Kampf gegen Armut werden von der Öffentlichkeit, aber auch von Medien und Behörden, immer stärker anerkannt. Zwar hat sich der Dialog mit den Behörden entwickelt, doch gibt es immer noch Herausforderungen. Zwei verschiedene Organisationen – eine Dienstleistungsorganisation und eine Lobbyingorganisation – legen ihre Standpunkte dar.

Die Krise, die im Jahr 2008 begann, hat die isländische Gesellschaft erschüttert. Die Menschen sind gezwungen, ihre Werte zu überdenken: Welche Art von Land möchten sie künftigen Generationen hinterlassen und welche Änderungen können verhindern, dass künftige Rezessionen solch gravierende Auswirkungen haben?

Die Menschen kamen in Massen auf öffentlichen Plätzen zusammen und protestierten vor dem nationalen Parlament Altingi und vor der Nationalbank gegen ungerechte Sparmaßnahmen, die ihnen vor allem durch externe Gläubiger auferlegt wurden. Die „Kochtopf“-Revolution brachte einen

Regierungswechsel, eine spezielle Untersuchungskommission und einen nationalen Mobilisierungs- und Beratungsprozess zu einer Änderung der isländischen Verfassung in Gang. In dieser Zeit ist die Rolle der im Kampf gegen Armut tätigen NRO beträchtlich gewachsen. Menschen aus allen Schichten und Berufen zeigten ihren Willen, Solidarität zu leben. Sie gingen dafür nicht nur auf die Straße, sondern mobilisierten sich auch rund um NRO.

In dieser Phase wurde auch EAPN Island gegründet, das aus neun NRO besteht: Dienstleistungsorganisationen, wie die isländische Kirchenhilfe, ICA, oder Beratungsorganisationen, wie die Organisation von Menschen mit Behinderungen in Island, ODI.

***Die isländische Kirchenhilfe: Ansichten
einer Dienstleistungsorganisation***

Die isländische Kirchenhilfe ICA initiiert und koordiniert Hilfsaktionen. Außerdem bietet sie im In- und Ausland Sozialdienste an. ICA hat eine Datenbank zu ihrer Arbeit eingerichtet, sodass sie verlässliche Informationen aus erster Hand zu den Gruppen oder Einzelpersonen liefern kann, die nach Hilfe fragen bzw. diese erhalten oder die von ICA an öffentliche Dienstleistungen verwiesen werden. Ziel ist es, die erzielten Veränderungen zu messen. Diese Datenbank hat sich als nützliches Instrument erwiesen, wenn es darum geht, öffentliche Mittel zu erhalten und Argumente und Forderungen mit echten Daten zu untermauern.

ICA hält regelmäßige Treffen und einen aktiven Dialog mit der Sozialabteilung des Stadtrats von Reykjavik ab. Die Einstellung der Regierung gegenüber ICA hat sich nach der Krise radikal geändert: Sie wird nicht mehr als reine Dienstleistungsorganisation angesehen, sondern als wichtiger Akteur, der Menschen hilft, die durch die Maschen des Systems gefallen sind. Als Mitglied von EAPN konnte ICA für ihre Arbeit einen stärker auf Rechten und Empowerment beruhenden Ansatz entwickeln.

Die Organisation von Menschen mit Behinderungen in Island: Ansichten einer Lobbyingorganisation

Die Organisation von Menschen mit Behinderungen in Island (ODI) wahrt die Interessen von Menschen mit Behinderungen, setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein und bietet ihren 33 Mitgliedsorganisationen Rat und Unterstützung. In Island sind viele Menschen mit Behinderungen, deren einziges Einkommen die Sozialhilfe ist, von Armut betroffen. Dies gilt insbesondere für Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Alleinstehende.

Seit der Krise wird die ODI (deren Motto „Nichts, was uns betrifft, ohne uns“ lautet) immer öfter um ihre Meinung zu legislativen Vorschlägen gebeten, die die Interessen von Menschen mit Behinderungen betreffen. Zwar werden die Anmerkungen der ODI ernst genommen, doch hat die Organisation das Gefühl, dass die Regierung bisweilen absichtlich Vorschläge unterbreitet, die für die ODI inakzeptabel sind, sodass schließlich statt angemessener Lösungen Kompromisslösungen gefunden werden. Beim Dialog wurden jedoch einige Fortschritte erzielt: Die Vertreterinnen und Vertreter der ODI werden manchmal ins Sozialministerium eingeladen, um Anmerkungen zu besprechen.

ODI hat aber auch das Gefühl, dass die Menschen, deren Interesse sie vertritt, das Vertrauen in die Regierung verloren haben, da Versprechen nicht eingehalten wurden und einige Vorschläge der Regierung, die die Situation von Menschen mit Behinderungen verbessern sollten, bisher nichts gebracht haben. Die Suche nach Kompromissen zwingt ODI auch, ihre gesamte Energie darauf zu verwenden, auf die vorgeschlagenen Initiativen zu reagieren anstatt proaktiv zu sein.

Um das Bewusstsein für die Situation von Menschen mit Behinderungen und für ihre Rechte zu schärfen und um Vorurteile und Stigmatisierungen abzubauen, veröffentlicht ODI regelmäßig ganzseitige Anzeigen in Zeitungen. Zum gleichen Zweck bereist ODI auch das Land, organisiert Treffen und stellt den Menschen die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen vor. ODI hat sich auch bemüht, ihren Internetauftritt zu verbessern, damit dieser ein besseres Kommunikationsinstrument und eine Schnittstelle zu den Menschen ist, die von ODI vertreten werden. Was die Zusammenarbeit anbelangt, so arbeitet ODI jetzt aktiver mit Einrichtungen, wie dem Human Rights Office zusammen und auch mit weiteren NRO-Mitgliedern von EAPN Island. ODI hat festgestellt, dass diese Zusammenarbeit den Kampf für ein besseres Leben stärkt. ODI ist davon überzeugt, dass sie ihre Stärke als Fürsprecher weiter ausbauen kann. Die Organisation wird in Kürze einen elektronischen Newsletter herausbringen, der sich an spezifische Gruppen, darunter auch Parlamentsmitglieder, wendet.

Lektionen, die beide Organisationen gelernt haben

Seit Beginn der Krise werden sowohl ICA als auch ODI immer öfter gebeten, an

Ausschüssen des öffentlichen Sektors teilzunehmen. Beide Organisationen sind bereits Mitglieder der Gruppe *Welfare Watch* des Sozialministeriums, die im März 2009 von den Behörden eingerichtet wurde, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Haushalte zu überwachen, um unabhängige Analysen durchzuführen und um Maßnahmen vorzuschlagen, die den Menschen helfen sollen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. *Welfare Watch* setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von NRO, des Arbeitsmarkts, der Ministerien und der staatlichen Stellen und Kommunen zusammen.

Beide Organisationen haben die Medien seit Jahren über Armut in Island informiert. ICA stellt aber fest, dass das Interesse der Medien an verschiedenen Fragen rund um Armut und zu ihren Folgen seit Beginn der Krise deutlich größer geworden ist. ODI hat dies auch verzeichnet, doch hat sie Schwierigkeiten, Menschen zu finden, die sich in den Medien äußern möchten, da sie sich der eigenen Situation schämen.

Seit Beginn der Krise erfahren im Kampf gegen Armut tätige NRO in Island eine größere Wertschätzung. Dadurch konnte der Dialog mit den Behörden, den Medien und als Folge auch der Dialog mit der Gesellschaft allgemein gestärkt werden. EAPN Island ist bewusst, dass dieser Dialog bei weitem nicht perfekt ist und dass der Weg zu einem besseren Leben für alle noch weit ist.

Lobbying in Serbien: Bescheidene Erfolge, keinerlei Tradition und Mittel, aber die Bemühungen gehen weiter

Von Marija Babovic, EAPN-Serbien

In den letzten zwanzig Jahren sind in Serbien zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Armut entstanden. Zu kommunistischen Zeiten gab es keine autonomen Interessengruppen. In den schwierigen 1990er-Jahren, die vom Übergang von einem autoritären Regime zu einem postsozialistischen System, von Kriegen, wirtschaftlichen Sanktionen und der Isolation von der internationalen Gemeinschaft geprägt waren, kamen die ersten Organisationen der Zivilgesellschaft auf; es handelte sich um Vereinigungen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für demokratische Institutionen, Menschenrechte und Frieden einsetzten.

Im Jahr 2000 trugen diese Organisationen zum Sturz des Milosevic-Regimes und zur Einleitung einer neuen Ära der intensiven Reformen und eines tiefgreifenden Wandels bei, dies alles vor dem Hintergrund massiver und extremer Armut und sozialer Ausgrenzung. Wirtschaftswachstum und der Kampf gegen Armut waren Herzstück der ersten Reformen, die Serbien einleitete.

Im Jahr 2000 machte auch die Beratungsarbeit der NRO im Kampf gegen Armut und für soziale Eingliederung einen gewaltigen Sprung. Zu Beginn des Jahrzehnts entstand ein strukturierter Dialog zwischen den Behörden und den Organisationen der Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, die erste Strategie zur Verringerung der Armut zu entwickeln und anzunehmen. Dieser Prozess fand im Rahmen der von der Weltbank durchgeführten Maßnahmen gegen Armut

statt. Es handelte sich um einen weitreichenden konsultativen Prozess, bei dem die NRO aktiv an einem Beirat beteiligt waren. Während der Entwicklung und Umsetzung der Strategie zur Verringerung der Armut entwickelten die Organisationen der Zivilgesellschaft bedeutende Lobbyingkompetenzen, um die verletzlichsten Gruppen zu verteidigen. Diese Beteiligung wurde durch die Regierung selbst ermöglicht, die offiziell Kontaktpunkte mit der Zivilgesellschaft eingerichtet hatte.⁶

Im Jahr 2008 kam es aufgrund von Änderungen des sozialen und institutionellen Rahmens zu großen Veränderungen bei den Maßnahmen zur Verringerung der Armut. Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise brachten alte soziale Problematiken zurück und ließen neue entstehen. Während Serbien Schritte in Richtung EU-Beitritt unternahm, verschob sich der Rahmen für die Maßnahmen zur Verringerung der Armut (der auf der Methodik der Weltbank zur Überwachung der Armut und der Strategie zur

⁶ Die Umsetzung der Strategie zur Verringerung der Armut wurde 2004 durch die Einrichtung eines entsprechenden Kontaktpunktes des stellvertretenden Ministerpräsidenten unterstützt. Diese Einheit stand von Anfang an für eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft offen. Im Jahr 2008 wurden Kontaktpunkte der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Strategie zur Verringerung der Armut eingerichtet. 2008 wurde diese Zusammenarbeit auch neu gestaltet: Sieben Organisationen der unterschiedlichsten Ausrichtung wurden Kontaktpunkte für die Kommunikation zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung, mit dem Ziel, Maßnahmen der Strategie zur Verringerung der Armut in das reguläre Planungs-, Finanzierungs- und Umsetzungssystem der Regierung zu integrieren und dort zu überwachen. Jede dieser Organisationen vertrat ein breiteres Netzwerk von Organisationen mit der gleichen Ausrichtung (Organisationen von Frauen, Vereinigungen von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, Roma usw.).

Verringerung der Armut beruht) hin zu einem neuen Modell: Dem europäischen Rahmen für die soziale Eingliederung.⁷ Heutzutage vertreten Organisationen der Zivilgesellschaft, die im Kampf gegen Armut und für soziale Eingliederung tätig sind, hauptsächlich die Interessen verschiedener marginalisierter Gruppen: Flüchtlinge und Vertriebene, Roma, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, benachteiligte Kinder und Jugendliche usw.

Zwar hatte die Lobbyarbeit dieser Organisationen bei neuen Gesetzen oder Änderungen von Gesetzesvorschlägen eine bedeutende Auswirkung⁸, doch haben internationale Einrichtungen, die Regierung und Fachleute nach wie vor den größten Einfluss. Die Überwachung des Haushaltes ist der zweite Bereich, den Organisationen der Zivilgesellschaft beeinflussen möchten. Dies ist für die Organisationen der Zivilgesellschaft jedoch Neuland, und nur wenige sind in der Lage, hier auf nationaler und lokaler Ebene Lobbyarbeit betreiben zu können. Die meisten Aktivitäten finden zu einem bestimmten Anlass bzw. Projekt statt und richten sich an die lokalen Behörden oder die Zentralregierung, politische Entscheidungsträger und/oder die Gesellschaft allgemein, je nach Thema, Maßnahme und/oder spezifischer Zielgruppe. Die generelle Wirkung der Zivilgesellschaft ist eher bescheiden und

⁷ Der Kontaktpunkt des stellvertretenden Ministerpräsidenten für die Umsetzung der Strategie zur Verringerung der Armut wurde durch die Einheit für soziale Eingliederung und Armutsreduzierung ersetzt, die zunächst dem Büro des stellvertretenden Ministerpräsidenten angegliedert war und dann dem Büro des Ministerpräsidenten zugeteilt wurde.

⁸ Zu nennen sind hier beispielsweise das Gesetz zum Sozialschutz, Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierungsgesetz, Gesetz zu Kooperativen usw.

kennzeichnet sich durch zersplitterte und einmalige Aktionen aus.

Ein stärker strukturierter Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft zu Fragen der Armut und der sozialen Ausgrenzung braucht drei Voraussetzungen: Eine besser koordinierte Regierung, eine besser organisierte Zivilgesellschaft und Kanäle, die für einen systematischeren Dialog eingerichtet sind (auf regelmäßiger Basis und zu den wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen Armut).

Diese Voraussetzungen werden zurzeit nur zum Teil erfüllt. Die serbische Regierung vertritt die verschiedensten heterogenen politischen Interessen, und dies in einem Kontext, der traditionell von einer großen politischen Instabilität und einer starken Opposition durch nationalistische/populistische Parteien geprägt ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien fehlt, wodurch übergreifende Maßnahmen, wie etwa Maßnahmen im Kampf gegen Armut, untergraben werden. Das positivste Element ist das Team für soziale Eingliederung und Armutsreduzierung, das zum Büro des Ministerpräsidenten gehört und sich stets bemüht, mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

Zu den Schwachpunkten der Organisationen der Zivilgesellschaft zählt nicht nur der fehlende strategische Ansatz (zersplitterte und stark projektabhängige Aktionen), sondern auch die Tatsache, dass den meisten Mittel und Kapazitäten fehlen, was auf die unsichere und unregelmäßige Finanzierung zurückzuführen ist. Vereinigungen von Menschen mit Armutserfahrungen sind besonders schwach und haben nicht die Mittel, sich Gehör zu verschaffen. Die zersplitterte und bescheidene

Lobbyingrolle der meisten NRO ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass es sie erst seit kurzem gibt (sie können nicht auf eine lange Erfahrung als unabhängige Organisationen zurückgreifen) sowie auf ihre Abhängigkeit von Regierungsstellen und internationalen Einrichtungen (Weltbank, dem britischen Ministerium für internationale Entwicklung, DFID, UN-Einrichtungen und anderen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen).

Mit der Gründung des serbischen Netzwerks gegen Armut vor einem Jahr bekamen die Organisationen der Zivilgesellschaft eine Plattform, die ihnen helfen kann, diese Schwachpunkte zumindest teilweise zu überwinden. Das Netzwerk bietet den Organisationen der Zivilgesellschaft Möglichkeiten, Finanzierungsmittel zu finden, den Schwerpunkt ihrer Beratungsaktionen auszuweiten und mit der Regierung in einen regelmäßigeren und systematischeren Dialog zu treten. Die fehlenden Mittel und Ressourcen erschweren es den Mitgliedern aber nach wie vor, ihre Schwachpunkte zu überwinden.

Und schließlich weist der Beratungsdialo g zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft und der Regierung nach wie vor große Lücken auf. Die Rolle der im Kampf gegen Armut tätigen NRO bei der Ausarbeitung von Maßnahmen ist nur ungenügend koordiniert und nicht systematisch und effizient genug. Trotz einer guten Zusammenarbeit mit der Einheit für soziale Eingliederung und Armutsreduzierung ist die Sozialpolitik nicht Gegenstand eines strukturierten Dialogs mit der Regierung und dem Parlament. Die Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre Aktionen stets auf den Bereich Sozialpolitik beschränkt. Sie haben sich nie in anderen politischen

Bereichen engagiert, wie etwa Beschäftigung und Wirtschaftspolitik. Dies ist nach wie vor eine der Hauptursachen, die in Serbien ein effektives Lobbying im Bereich Armut behindert.

Es ist schwer, die Zukunft der Lobbying in Serbien vorherzusagen. Wahlen stehen an, und schon jetzt gibt es starke politische Kämpfe. Die Verschlechterung der sozialen Bedingungen, die mit steigender Arbeitslosigkeit und Armut einhergeht, verlangt von den Organisationen der

Italien: Die Zivilgesellschaft vereinigt ihre Kräfte zur Rettung des Sozialstaats
von Nicoletta Teodosi, EAPN Italien

Die Krise hat in Italien keinen Haushalt verschont, insbesondere, da die Antwort auf die Krise auf drastischen Kürzungen der Sozialausgaben beruht, was noch viel mehr Menschen in die Armut getrieben hat. Gleichzeitig wurde der Dialog mit den Behörden auf allen Ebenen eingestellt. Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter soziale Kooperativen, ihre Kräfte mit denen der größten italienischen Gewerkschaft CGIL vereint, um die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Behörden zu fordern und um die Grundlagen einer integrativen, von Zusammenhalt geprägten Gesellschaft zu retten.

Wie in den meisten Mitgliedstaaten ist auch in Italien der Sozialstaat das Hauptopfer der Krise. Non-Profit- und Lobbyingorganisationen müssen einen sehr hohen Tribut in Form einer Reduzierung von Personal und Dienstleistungen entrichten. Den höchsten Preis zahlen aber die von Armut und

Zivilgesellschaft eine Verstärkung ihrer Aktionen. Die Gefahr, dass ihre Aktionen von populistischen/nationalistischen Parteien zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden, hält aber möglicherweise viele der im Kampf gegen Armut tätigen NRO davon ab, ihr Lobbying zu intensivieren. Nach den Wahlen wird die politische Szene ein neues Kapitel im Kampf gegen Armut aufschlagen, das schwer vorhersehbar ist.

Ausgrenzung betroffenen Menschen, deren Anzahl extrem gestiegen ist. Zwar liegen noch keine offiziellen Daten vor, doch kann jeder Armut und soziale Ausgrenzung auf den Straßen unserer Städte sehen, so er nicht sogar selbst zu den direkt Betroffenen gehört. NRO, die Dienstleistungen erbringen, berichten auch, dass die Anzahl der Menschen, die für Nahrungsmittel, Kleidung und Nothilfe anstehen, enorm gestiegen ist. Die Krise hat jeden getroffen, Arbeitnehmer oder Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen, Familien usw. Die Sozialausgaben sind jedoch extrem geschrumpft: Seit 2010 sanken die öffentlichen Mittel für sozialpolitische Maßnahmen von 929,3 Millionen Euro auf 273,9 Millionen Euro; die Staatsgelder für Familien wurden von 185,3 Millionen Euro auf 51,5 Millionen Euro gesenkt, und die öffentlichen Mittel für Menschen mit Behinderungen, die bei 400 Millionen Euro lagen, wurden gänzlich gestrichen.

In den vergangenen Jahren wurde der Dialog zwischen den Institutionen und den Lobbyingnetzwerken (wie etwa EAPN Italien und NRO, die Roma, Obdachlose,

von Armut betroffene Menschen usw. vertreten) abgebrochen. Aus den genannten Gründen vereinigten zahlreiche soziale Kooperativen sowie Vereinigungen und Netzwerke der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors ihre Kräfte mit denen der Gewerkschaft CGIL. In Rom organisierten wir am 1. und 2. März eine wichtige nationale Konferenz zur Zukunft des Sozialstaates in Italien, bei der es auch um die Rolle ging, die wir übernehmen können und müssen, um die momentane Krise zu bewältigen. Das Organisationskomitee dieser Konferenz wurde zu einem offenen Labor, das auf gemeinsame Aktionen drängt, während die Konferenz, die als Schlussveranstaltung gedacht war, zum Ausgangspunkt eines langfristigen Engagements für neue Bündnisse wurde, was auch von EAPN Italien unterstützt wird.

In den vergangenen Monaten hat sich in Italien viel ereignet. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele Menschen und Familien in eine unsichere Lage versetzt. Sie sind von sozialer Ausgrenzung und langfristiger Armut bedroht, was die Grundlagen untergräbt, auf denen unser Land und Europa errichtet wurden: Solidarität, Gleichheit und Rechte. Einige Beobachter behaupten, dass das Europäische Sozialmodell tot sei. Wir stimmen dem nicht zu. Das Europäische Sozialmodell befindet sich immer noch im Aufbau und beruht nach wie vor auf nationalen Modellen. Viele Male schon haben wir über das Europa diskutiert, das wir haben möchten. Viele Male haben wir gesagt, dass wir in einem Europa leben möchten, in dem es z.B. in allen Mitgliedstaaten angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen gibt. Wir möchten auch als Bürgerinnen und Bürger eine größere Teilhabe an Entscheidungsprozessen haben. Mit politischem Engagement seitens unserer

staatlichen Institutionen und politischen Entscheidungsträger wäre dies nicht allzu schwer zu erreichen. Was sich zurzeit in Europa und in Italien abspielt, zeigt die Anfälligkeit des europäischen Systems, das trotzdem noch lange nicht tot ist. Viele führende Wissenschaftler – von Rifkin bis Baumann - sehen ein „mögliches Utopia“, das seine Stärke aus seiner Vielfalt bezieht, und, so fügen wir hinzu, aus dem Zugang zu Bürgerrechten für alle Europäerinnen und Europäer.

Es werden noch viele Jahre vergehen, bis wir sagen können, dass die Krise vorbei ist. Den europäischen Bürgerinnen und Bürgern werden noch viele Arzneien verabreicht werden, und nicht alle Arzneien werden zur Genesung beitragen. Millionen von Menschen leben indessen bereits in Armut und wissen nicht, was ihnen die Zukunft bringen wird.

Die vielen europäischen Chartas, überarbeiteten Verträge, nationalen Regelungen und Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung haben ihre Versprechen bei weitem nicht erfüllt. Die Lebensbedingungen der Gruppen, für die diese Instrumente und Strategien gedacht waren, haben sich sogar verschlechtert. Die Kluft zwischen *den Ausgegrenzten* und *den anderen* hat sich erweitert. Die Ungleichheiten zwischen denen, die Chancen haben und denjenigen, die chancenlos sind, zwischen denjenigen, die in die richtige oder falsche Familie hineingeboren wurden oder im richtigen oder falschen Land auf die Welt kamen, haben extrem zugenommen. Und unsere Regierung sagt diesen Menschen, dass sie warten müssen...

Wir müssen unsere Denkweisen ändern: Sozialpolitische Maßnahmen sind keine Ausgaben ohne Gewinn. Sie sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, die qualitativ hochwertige Arbeitsplätze garantieren sowie den

Zugang zu qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Sozial- und Gesundheitsdiensten, zu Bildung und Ausbildung und zu universellen öffentlichen Dienstleistungen – sie sind das beste Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Kurz gesagt sind sie die Grundlage für eine gesündere Gesellschaft, die von Zusammenhalt geprägt ist.

Die Europäische Kommission fordert Italien jetzt zum wiederholten Male auf, die Strukturfonds richtig einzusetzen. Der Europäische Sozialfonds sollte für NRO und lokale Behörden zugänglicher sein und sollte nicht nur Schulungen finanzieren, sondern beispielsweise auch die dringend notwendigen Dienste zur sozialen Eingliederung. Investitionen in die soziale Infrastruktur sollten auch durch den korrekten Gebrauch des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) sichergestellt werden. Zusätzliche Mittel sind nötig. Die Einführung einer

Finanztransaktionssteuer, die für die Sozialpolitik verwendet werden könnte, würde z.B. hohe Einnahmen garantieren gegen eine geringe Summe, die von denjenigen zu entrichten ist, die riesige Geldbeträge auf den internationalen Finanzmärkten bewegen.

Die Konferenz bot den italienischen NRO und Organisationen der Zivilgesellschaft eine erste Gelegenheit, offen über ihre schwierigen Arbeitsbedingungen und die zahlreichen Nöte der von Armut betroffenen Menschen zu sprechen. Im Rahmen der Konferenz wurde auch an unsere Institutionen appelliert, auf allen Ebenen einen Dialog wiederzueröffnen, der uns schon zu lange vorenthalten wird, der aber trotzdem dringend nötig ist, wenn wir ein reformiertes Sozialsystem haben möchten, das jeden miteinschließt, der in Italien lebt.

EAPN Schweden: Menschen in die Politik bringen – Hilfe für Delegationen von Betroffenen, damit sie sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen können

von Sonja Wallbom, EAPN Schweden

In der schwedischen Gesellschaft gibt es eine mehr als 150 Jahre zurückreichende Tradition, Gruppen und Organisationen zu bilden. „Organisationen von Betroffenen“ kamen vor über 50 Jahren zu bestimmten Themen auf, wie etwa Alkohol- oder Drogensucht, psychische Probleme, Alter oder Behinderungen. Die meisten von ihnen haben sich auf die Bedürfnisse ihrer Zielgruppe konzentriert, deren spezifische

Realität analysiert wird, ohne die übergreifenden strukturellen Probleme zu betrachten, die diese soziale Realität definieren. Sie hatten (häufig aufgrund fehlender Mittel) keine Möglichkeit, mit anderen Organisationen eine koordinierte Lobbyarbeit zu betreiben. EAPN Schweden wurde von diesen Organisationen und weiteren Grassroot-Organisationen gegründet, bei denen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen die wichtigsten Entscheidungsträger und Hauptakteure sind.

EAPN Schweden fordert schon seit längerem einen offenen Dialog zwischen

von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen und den staatlichen Behörden. Es versucht dabei, nationale und europäische Maßnahmen im Kampf gegen Armut miteinander zu verknüpfen, wobei es für diese Arbeit keinerlei finanzielle Unterstützung erhält. Die schwedische Regierung hat ihre öffentliche Verwaltung auf verschiedenen Ebenen geschult, damit sie Delegationen von Betroffenen zu Rate zieht⁹, doch hat sie keinerlei Mittel zur Verfügung gestellt, um von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen vorzubereiten oder um einen echten Dialog mit ihnen aufzubauen.

Im Jahr 2010 startete EAPN Schweden jedoch ein Projekt mit ABF, der schwedischen Organisation für Erwachsenenbildung, um direkt von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das Projekt nutzt Methoden der Erwachsenenbildung und zielt darauf ab, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen weiterzubilden, damit sie in ganz Schweden lokale Gruppen rund um einen Dialog zur Sozialen Offenen Methode der Koordinierung (Soziale OMK) einrichten und anleiten können. Dieser Dialog fand im Rahmen von zehn regionalen Dialogkonferenzen statt, deren Botschaften in eine nationale Dialogkonferenz eingingen, die sich vier

Themen widmete: Ausgrenzung, Wohnungspolitik, soziale Rechte und Mindesteinkommen/Sozialschutzsysteme. Diese Konferenzen hatten nicht nur eine positive Auswirkung auf die Menschen, die am Projekt beteiligt waren, sondern verbesserten auch die Kommunikation zwischen den beiden Regierungsebenen bezüglich der diskutierten Maßnahmen.

Lokale Mitglieder des ABF und des EAPN-Schweden erhielten eine Weiterbildung zur Sozialpolitik, zu Soft Skills (wie etwa dem Leiten von Gruppen und Treffen und dem Sprechen in der Öffentlichkeit) sowie dazu, den politischen Entscheidungszyklus zu verstehen und Prozesse anzutreiben, die die politischen Maßnahmen in den eigenen Kommunen ändern. Es ging darum, den Teilnehmenden zu helfen, eine Gruppe anstatt nur sich selbst zu repräsentieren und zu „politischen Entscheidungsträgern“ zu werden. Ziel war auch, mehr Menschen zu erreichen, die direkt von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind und sie diesem Weiterbildungs- und Dialogprozess anzugliedern.

Damit ein von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Mensch zu einem Akteur der Veränderungen wird, sind ein Studium der Demokratie und eine echte Debatte notwendig, damit sich die persönliche Scham in eine neue Form der Energie verwandelt, auf dass man im Namen anderer handeln kann.

⁹ Unter „Delegationen von Betroffenen“ versteht man in Schweden Gruppen, die eine Form der Ausgrenzung bzw. Armut und soziale Ausgrenzung erfahren und die Teil des zivilen Dialogs zu Dienstleistungen und Gesetzen sind, die sich auf ihr Leben auswirken. Gearbeitet wird auf Grundlage eines auf Rechten basierenden Ansatzes, wobei in diesem Prozess jedwede Form der Unterordnung oder negativen Assoziation vermieden wird. Der Begriff ergab sich aus der ursprünglichen Bezeichnung „Klientel“, zu der eine negative Assoziation entstand.

Diese Arbeit mit Grassroot-Gruppen hat dazu beigetragen, die Basis der regionalen Netzwerke von EAPN Schweden zu schaffen und zu stärken und die Beteiligung von Delegationen von Betroffenen an den verschiedenen Konsultationsprozessen der Regierung sicherzustellen.

Die schwedische Regierung hat sich verpflichtet, den Erwartungen der Sozialen OMK gerecht zu werden und dabei die Beteiligung der Betroffenen zu unterstützen. Die Erfahrungen, die EAPN Schweden im Rahmen des europäischen Netzwerks machen konnte sowie seine Kenntnisse der Sozialen OMK und der europäischen Agenda, trugen dazu bei, die Beziehung zur Regierung zu konsolidieren und Betroffene zu stärken. Während die Regierung Beamte und politische Entscheidungsträger der Gemeinden und regionalen Verwaltung weiterbildet, damit sie Betroffene besser einbeziehen, stärkt EAPN Schweden die Betroffenen, damit sie sich am Dialog mit den verschiedenen Ebenen der Behörden beteiligen.

Das persönliche und menschliche Ziel dieses Empowerment-Prozesses ist eine bessere Integration und Teilhabe an der Gesellschaft, was einen besseren Einblick in die Probleme anderer und eine stärkere Beteiligung an den Betroffenenorganisationen bringt. Es geht darum, Menschen zu helfen, über die Beschäftigung mit rein persönlichen Anliegen hinauszugehen und sich für die soziale Entwicklung und die Vertretung anderer zu engagieren. Kern des Projektes ist es, folgenden Unterschied zu verstehen: Arm und ohne Geld zu sein oder eine Vorstellung von einem Mindesteinkommen und Sozialpolitik zu haben.

Was die Auswirkung dieses Projektes auf das schwedische Netzwerk selbst betrifft, so verfügt EAPN Schweden jetzt über zwei neue regionale Netzwerke, viele neue Aktivisten und eine engere Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern bei der Ausarbeitung europäischer Maßnahmen in unseren Gemeinden.

Die politische Auswirkung

Schwedische Politikerinnen und Politiker unterscheiden sich nicht von denen in anderen Ländern: Sie hören zu, sie nicken, und es passiert nicht viel. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass sich langfristig die Dinge ändern werden. Es gibt kleine, aber wichtige Dinge, die sich auf lokaler oder regionaler Ebene aufgrund dieses Dialogs geändert haben. Und da der Dialog fortgesetzt wird, hoffe und denke ich, dass wir seine Wirksamkeit noch steigern können. Wenn die gleichen Fragen drei Jahre lang immer wieder gestellt werden und keine Antwort erfolgt, wird es peinlich, und ich glaube, diese Konferenzen werden den Druck aufrechterhalten. Die Konferenzen fanden ein breites Echo in den Medien, was die politischen Entscheidungsträger ebenfalls beeinflussen wird.

Wenn Menschen zusammenkommen, geschehen wundervolle Dinge. Sich treffen und sich austauschen ist schon ein Wert an sich, insbesondere für ausgegrenzte Menschen, und ich denke, dies wird den Dialog für einige Zeit am Laufen halten. Der immer stärker werdende Wunsch, sich zu beteiligen und zu handeln und die wachsende Wut über die Aushöhlung des Sozialsystems tragen dazu bei, den Druck aufrechtzuerhalten. Langfristig sind Änderungen unvermeidbar.

Was die schwedischen Politikerinnen und Politiker anbelangt, so scheinen einige von ihnen völlig verwirrt und planlos zu sein: Sie wissen nicht, wie sie mit der Forderung der Zivilgesellschaft nach einem Mitspracherecht und einer Beteiligung an der öffentlichen Debatte umgehen sollen. In ihren Reden erwähnen sie stets, wie sehr sie die Meinung und Stimme der Zivilgesellschaft schätzen, doch wird dies nicht ausreichen, wenn sie nicht wirklich handeln. Die Bedeutung des Dialogs hervorzuheben, ist eine Sache -

sicherzustellen, dass er eine echte Auswirkung hat, eine ganz andere.

Abschließend kann gesagt werden, dass trotz der Komplexität eines echten demokratischen Dialogs die gemeinsame Ausarbeitung politischer Maßnahmen von entscheidender Bedeutung ist. Wir teilen die Missionen und Visionen von EAPN und

Menschen = Macht

Interview mit Izabella Marton, EAPN
Ungarn

Izabella Marton, Vorsitzende von EAPN Ungarn, hatte die Möglichkeit, vier Monate als Gast von „Vocal NY“ in den USA zu verbringen, um das Konzept „Community Organising“¹⁰ kennenzulernen. Aus einem Land stammend, in dem die aktuelle Regierung keinen Platz für einen Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft lässt, die von Armut betroffene Menschen und andere verletzte Gruppen vertreten, berichtet Izabella Marton, welche alternativen Wege sie kennengelernt hat, um Behörden unter Druck zu setzen - Alternativen, deren Grundlage die Motivierung der Basis sowie Empowerment und Solidarität zwischen möglichst vielen Menschen ist.

Können Sie beschreiben, was Community Organising ist?

Saul Alinsky, einer der bekanntesten Community Organiser in den USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts,

¹⁰ Izabella Martons USA-Aufenthalt wurde aus dem Community Solutions Programme des US State Department finanziert. Die Gastgeberorganisation VOCAL NY bietet Drogenabhängigen, HIV-Infizierten und ehemaligen Häftlingen organisatorische Hilfe (weitere Informationen unter www.vocal-ny.org).

sind der Meinung, dass es sich um eine Methode handelt, die eine echte Einbeziehung der Akteure ermöglicht und Entscheidungsträger dazu zwingt, sich an einem Dialog zu beteiligen, bei dem wir die Agenda festlegen.

schrieb, dass die Macht der ‚Habenichtse‘ nur in ihrer Anzahl liege¹¹. Diese Macht kommt von dem Gefühl, dass wir zusammen sind und gemeinsam handeln, um unsere Ziele voranzubringen, um eine positive Entscheidung oder einen wichtigen Schritt für unsere Belange zu erreichen. Einfach ausgedrückt ist Community Organising neben Lobbying, dem Angebot von Dienstleistungen oder der kommunalen Entwicklung ein Ansatz, um Dinge zu ändern. Community Organising zielt darauf ab, eine vertrauensvolle Beziehung zu den Menschen aufzubauen, ihre Teilhabe zu verbessern, sie zu stärken und aus ihren Reihen Community Leader aufzubauen, um nachhaltige Community Organisations einzurichten. Dies wird durch Kampagnen zu gemeinsam identifizierten Themen erreicht. Die drei wichtigsten Grundsätze zur Themenauswahl sind die Folgenden: Sie müssen 1.) das Leben der Menschen wirklich verbessern; 2.) die Menschen für ihre eigene organisatorische Macht sensibilisieren und 3.) Machtbeziehungen verändern.

Haben Sie diese Macht während Ihres Aufenthaltes bei VOCAL NY gespürt?

Eindeutig, und diese Erfahrung war für mich extrem befreiend, da ich aus einem

¹¹ Saul D. Alinsky (1971): Rules for radicals; US, NY, Vintage Books.

postsozialistischen Land komme, in dem die Menschen 40 Jahre lang zwangsweise organisiert wurden, wodurch sie extrem individualistisch und argwöhnisch gegenüber Mitgliedschaften in Organisationen wurden und schwer zu mobilisieren sind, wenn es darum geht, sich für ihre Rechte einzusetzen.

Können Sie einige Aktionen nennen, an denen Sie teilnahmen?

Ich habe z.B. an der „30 % Rent Cap Campaign“¹² teilgenommen. Die Kampagne dauerte über ein Jahr und umfasste eine Vielzahl von Aktionen, die von Treffen mit Entscheidungsträgern bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams reichten. Am Welt-Aids-Tag wurde z.B. der Broadway von Menschen blockiert, die sich aneinander gekettet hatten.

Ich habe auch am ND4NY (New Deal for New York) teilgenommen, einer Kampagne einer Koalition von Community Organisations aus dem gesamten Staat New York, die sich für die Beibehaltung der Zusatzsteuer für Millionäre einsetzt, die zu Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise eingeführt wurde. Zielperson der Kampagne war zwar Andrew Cuomo, Gouverneur des Staates New York und selbst Millionär, doch richteten sich zahlreiche Aktionen auch an die übrigen New Yorker Millionäre und Milliardäre. Einer meiner Lieblingsmomente ereignete sich während der zweiten Woche meines Aufenthaltes

¹² Bei der „30 % Rent Cap Campaign“ geht es um das Recht auf Wohnraum und die Wohnverhältnisse HIV-Infizierter. Die Kampagne fordert, dass Teilnehmende am HASA-Programm (ein spezielles soziales Programm für HIV-Infizierte) genauso behandelt werden wie die Teilnehmenden an anderen Wohnraumprogrammen. Konkret geht es um die Garantie, dass ihre Miete maximal 30 % ihrer Sozialhilfeleistung betragen darf (wobei der restliche Betrag über die soziale Absicherung gedeckt sein soll). Die Realität sieht so aus, dass viele Menschen 60-70 % ihrer Sozialhilfe für die Miete verwenden und von den restlichen 30-40 % leben müssen.

bei VOCAL: Wir marschierten einfach in einen privaten Club, in dem einige Milliardäre ein Treffen abhielten. Ich freue mich immer noch, wenn ich an die verdutzten Gesichter der Leute denke, die gerade ihre Cocktails tranken, während wir Flugblätter verteilten, unsere Transparente ausbreiteten und einen Sprechchor anstimmten, mit dem wir sie zur Zahlung ihres Anteils aufforderten.

Welche Schlagworte fallen Ihnen ein, wenn Sie an diese Erfahrung denken?

Motivation, Macht und Empowerment. Das sind die wichtigsten Lektionen, die ich gelernt habe und die ich anwenden möchte, um unsere Vorgehensweisen im ungarischen Netzwerk gegen Armut zu ändern.

Was sollten Organisationen der Zivilgesellschaft Ihrer Meinung nach im aktuellen Rahmen unternehmen?

Macht ist laut Alinsky sehr direkt mit der Anzahl der Menschen verbunden, die sich organisieren. Es stellt sich eine relevante Frage: Welche Art der Macht können zivile Organisationen in einer Zeit haben, in der der zivile Dialog geschwächt wird und Organisationen in ganz Europa nicht nur mit den immer größer werdenden Bedürfnissen der Menschen in Not konfrontiert sind, sondern auch um ihr eigenes Überleben kämpfen müssen? Ungarn erlebt die deutliche und gründliche Zerstörung seiner demokratischen Institutionen, wobei gleichzeitig ein Anstieg der Armutsraten zu verzeichnen ist. In vielen Ländern sind Organisationen der Zivilgesellschaft frustriert von den Bemühungen, einen Platz am Konsultationstisch zu ergattern und auf offizielle Dokumente zu reagieren, ohne einen wirklichen Einfluss zu haben. Geben uns unser Wissen und unsere Legitimität noch genügend Macht oder sollten wir nicht lieber Tausende von Menschen für unsere Forderungen mobilisieren?

Wie sehen Sie die Zukunft der ungarischen Zivilgesellschaft?

Unsere Regierung versteht nur eine Sprache: Macht gleich Geld! – Geld, das wir nicht haben und die Menschen auf der Straße schon gar nicht. In unserem Land wurden bereits einige vielversprechende Bewegungen und Initiativen gestartet, und unsere Aufgabe besteht jetzt darin, sicherzustellen, dass von Armut betroffene Menschen daran teilnehmen können und gehört werden. Indem wir uns organisieren – erst in Budapest und dann im gesamten Land – werden wir von Armut betroffene Menschen rund um Themen wie Arbeitslosigkeit, Wohnraum, Recht auf ein Leben in Würde sowie Sozialhilfe mobilisieren und stärken. Uns ist bewusst, dass das Empowerment der Menschen und der Aufbau von Führungspersönlichkeiten ein langwieriger Prozess ist und nicht durch ein paar Schulungen geschieht. Hierfür sind konkrete Aufgaben und Rollen nötig, wie Kontakt- und Informationsarbeit durchführen, an strategischen Treffen teilnehmen, Aktionen organisieren, in der Öffentlichkeit sprechen oder Politiker treffen und akzeptieren, dass man notfalls während einer Aktion von der Polizei festgenommen werden kann.

Welche praktischen Schritte muss das ungarische Netzwerk gegen Armut unternehmen, um die Menschen zu erreichen?

Wir müssen unsere beschränkten Mittel dafür einsetzen, motivierte Menschen zu

finden anstatt zu versuchen, diejenigen zu motivieren, denen alles egal ist. Dies ist ein überaus wichtiger Schritt. Normalerweise kommt er am Anfang, wenn es darum geht, Beziehungen zu den Menschen aufzubauen. Es gibt die verschiedensten Beteiligungsebenen, die von der Motivation und dem Engagement abhängen. Bei 400 kontaktierten Personen zeigen 100 Interesse; 30 besuchen ein Treffen oder nehmen an einer Aktion teil, 10 kommen wieder und machen weiter, 1-5 nehmen an einer Veranstaltung zur Weiterentwicklung teil, und 1-2 werden zu aktiven Führungspersönlichkeiten. Dies bedeutet, dass wir viel Kontaktarbeit durchführen müssen, während wir uns gleichzeitig auf die Aktivitäten zur Kompetenzerweiterung dieser zehn aktiven Personen konzentrieren müssen. Wir haben daher vor, bis Ende des Jahres im Rahmen der Pilotphase unseres Organising-Programms mindestens 500 von Armut betroffene Menschen in Budapest zu erreichen.

Wie lautet Ihre letzte Botschaft?

Lasst es uns versuchen! Lasst es uns anpacken! Diese Art der Teilhabe verlangt, dass wir unsere Komfortzonen verlassen und Neuland betreten. Sie verlangt Mut, verleiht aber auch ein unglaubliches Gefühl der Macht.

Die Sicht der Kinder in den Kampf gegen Armut einbringen

von Jana Hainsworth, Eurochild

Mehr als eines von vier Kindern ist in der EU von Armut betroffen. Familien mit

Kindern stehen ganz oben auf der Liste der Opfer der Finanzkrise und der daraus resultierenden Sparmaßnahmen. Jana Hainsworth, die Vorsitzende von Eurochild, sagt, dass es nicht schwer ist, sich auf EU-Ebene für den Kampf gegen

Kinderarmut auszusprechen. Die große Herausforderung bestehe darin, dass die Maßnahmen von den Mitgliedstaaten auch angenommen werden, die gerade dabei sind, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen. Es gibt Wege, das Bewusstsein zu schärfen. Kindern eine Stimme zu geben, ist einer davon.

Kinder gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von Armut bedroht sind. Die neuesten Zahlen besagen, dass 27 % der Kinder in der Europäischen Union von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, gemessen an den drei Indikatoren, mit denen das Ziel zur Armutsreduzierung im Rahmen der Strategie Europa 2020 überwacht wird. Diese Zahl sagt eine Menge darüber aus, in welche Richtung Europa steuert. Ein Kind, das in Armut aufwächst, hat ein höheres Risiko, auch als Erwachsener von Armut betroffen zu sein. Und Armut in der Kindheit bringt weitere negative Folgen mit sich: Niedriger Bildungsstand, schlechte psychische Verfassung, geringes bürgerliches Engagement. Es kommt hinzu, dass Familien mit Kindern zu denen gehören, die am schlimmsten von der aktuellen Krise betroffen sind; insbesondere sind hier Alleinerziehende zu nennen, Migrantenfamilien und Großfamilien – also diejenigen, die schon in guten Zeiten zu kämpfen haben, um über die Runden zu kommen.

Es war recht leicht, den Kampf gegen Kinderarmut an die Spitze der politischen Agenda der EU zu bringen. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates haben dieses Thema wiederholt als politische Priorität identifiziert. Kinderarmut war die erste thematische Priorität, die im Rahmen der Sozialen Offenen Methode der Koordinierung angegangen wurde. Und jetzt, im Jahr 2012, erleben wir die Annahme einer Empfehlung zum Kampf gegen

Kinderarmut und zur Verbesserung der Lage der Kinder – was Eurochild seit 2009 gefordert hat. Die Aufmerksamkeit, die der Kinderarmut zukommt, wird sehr begrüßt, und die politischen Grundsätze und Maßnahmen zur Überwachung, die die Empfehlung enthalten soll, finden die breite Unterstützung des Eurochild-Netzwerks. Dennoch stehen wir, wie auch viele weitere Akteure im Kampf gegen Armut, der Herausforderung gegenüber, wie sich die von der EU getroffenen Entscheidungen in nationale politische Maßnahmen umsetzen lassen. Wir stehen vor dem Dilemma, dass der Kampf gegen Kinderarmut zwar eine Sache ist, für die man sich relativ leicht einsetzen kann - ihre praktische Umsetzung gestaltet sich jedoch wesentlich schwieriger.¹³

In unserer Analyse der Auswirkungen der Krise¹⁴ berichten Eurochild-Mitglieder aus ganz Europa von überaus besorgniserregenden Trends hin zu Kürzungen, die Familien mit Niedrigeinkommen direkt betreffen. So finden zwar viele unserer politischen Botschaften ihren Weg in die Empfehlungen der Europäischen Kommission, doch scheinen die Mitgliedstaaten genau in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Wir setzen uns zum Beispiel vehement für qualitativ hochwertige universelle Dienstleistungen für Familien ein (wie etwa die frühkindliche Betreuung und

¹³ Siehe Eurochild News vom 17. Juni 2011, [http://www.eurochild.org/en/news/details/index.html?tx_ttnews\[pointer\]=4&tx_ttnews\[tt_news\]=2861&tx_ttnews\[backPid\]=204&cHash=00e541c22f18a7bc343a3176e3e184c4](http://www.eurochild.org/en/news/details/index.html?tx_ttnews[pointer]=4&tx_ttnews[tt_news]=2861&tx_ttnews[backPid]=204&cHash=00e541c22f18a7bc343a3176e3e184c4)

¹⁴ Siehe Eurochild Report: How the economic and financial crisis is affecting children & young people in Europe - Januar 2011, <http://www.eurochild.org/fileadmin/ThematicPriorities/Crisis/Eurochild%20updates/Eurochild%20crisis%20paper%20%20How%20the%20economic%20and%20financial%20crisis%20is%20affecting%20children%20and%20young%20people.pdf>

Bildung und die Unterstützung für Eltern mit Niedrigeinkommen), doch erweitern nur wenige Länder das Angebot an solchen Diensten. In der Tat gibt es einen Trend zu zielgerichteteren, stigmatisierenden und auf Bestrafung ausgerichteten Ansätzen, mit einer deutlichen Verschiebung hin zu aktivierenden Arbeitsmaßnahmen und zum Nachteil der Bemühungen, die auf eine größere soziale Eingliederung abzielen.

Politische Veränderungen können beeinflusst werden

Wie können Eurochild und seine Mitglieder Veränderungen im aktuellen Kontext beeinflussen, und wie lässt sich die Sicht der Kinder in die politische Debatte einbringen? Angesichts der Tatsache, dass der Dialog mit der Zivilgesellschaft systematisch geschwächt wird, stellen wir fest, dass es immer schwieriger wird, sich im aktuellen wirtschaftlichen und politischen Klima Gehör zu verschaffen. Dennoch sind wir der Meinung, dass eine auf konkreten Kenntnissen beruhende Politik und Praxis nötiger ist als je zuvor, und unsere Rolle muss auch darin bestehen, über unsere Mitglieder aufzuzeigen, welche Rezepte Kinder aus der Armut befreien und welche nicht. Um dies zu erreichen, müssen unsere Mitglieder natürlich auf komplexe Überwachungs-, Bewertungs- und Kommunikationsinstrumente zurückgreifen können. Einige sind in dieser Hinsicht schon sehr weit und können Maßnahmen auf regionaler oder nationaler Ebene beeinflussen. Anderen wiederum fehlen diese Fachkenntnisse. Zu unserer Arbeit gehört daher auch, durch Networking dieses Sammeln von Wissen und Fakten zu unterstützen und unser Lobbying und unseren Einfluss sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler Ebene zu verstärken.

Kindern eine Stimme geben

Ein weiterer wichtiger Aspekt unserer Beratungstätigkeit besteht darin, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erleichtern und zu fördern. Empowerment und Teilhabe von Menschen, die von Armut betroffen sind, gehören zu den effektivsten Mitteln für Veränderungen. Insbesondere die Beteiligung von Kindern hat eine doppelte Funktion. Erstens ist sie die Bestätigung, dass Kinder das Recht haben, gehört zu werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, Kinder nicht nur als Familienmitglieder oder passive Hilfsempfänger zu sehen, sondern als eigenständige aktive Bürgerinnen und Bürger. Zweitens sind persönliche Erfahrungsberichte überaus wichtig, um politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit für die Realität zu sensibilisieren, die sich hinter Armut und sozialer Ausgrenzung verbirgt. Eine unserer größten Herausforderungen im Kampf gegen Armut besteht darin, die in unserer Gesellschaft immer stärker werdende Einstellung zu überwinden, die einen Unterschied zwischen „uns“ und „den anderen“ macht und die Armut und soziale Ausgrenzung als individuelles, persönliches Versagen sieht. Armut muss von der gesamten Gesellschaft als gemeinsame Verantwortung und Herausforderung angesehen werden. Kindern eine Stimme zu geben und die Auswirkungen von Armut aus ihrer Sicht zu betrachten kann unserer Überzeugung nach dazu beitragen.

Eurochild ist eine europäische Organisation und ein NRO-Netzwerk zur Förderung des Wohlergehens und der Rechte der Kinder und Jugendlichen in Europa. Eurochild ist auch Mitglied des EAPN.

Unsere neuen Herausforderungen: Der Kampf für die Wiederherstellung der Rationalität und der moralischen Werte
von Duhomir Minev, EAPN Bulgarien

Wir sind in Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten sind schlimmer als die so genannte *Finanz- und Wirtschaftskrise*. Die Gesellschaften durchleben nämlich auch eine Krise der Rationalität. Ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion hat abgenommen, genau wie die Fähigkeit, sich selbst so zu sehen, wie man ist und eine angemessene soziale Auswahl aus den verschiedenen Alternativen zu treffen. Diese Krise birgt größere Gefahren als finanzielle und wirtschaftliche Störungen. Risikoforscher haben den Rückgang der Rationalität festgestellt und diesen als einen Grund für das Aufkommen und die rasche Vervielfältigung neuer und unbekannter Risiken ausgemacht, mit denen die Gesellschaften nicht umgehen können. Geistesgrößen wie Stephen Hawking oder Immanuel Wallerstein haben die Menschheit explizit vor diesen Gefahren gewarnt, vor den immensen sozialen Konflikten und den historisch einmaligen Formen der Unterdrückung.

Die Krise der Rationalität ist darauf zurückzuführen, dass die Rationalität der Gesellschaften durch die Rationalität von Gruppen ersetzt wurde, die selbst im Rückgang begriffen ist. „Die Elite der Welt dreht durch“, stellte jüngst ein bekannter bulgarischer Wissenschaftler fest, und zweifellos haben dem die Leserinnen und Leser der Zeitung, die dieses Statement abdruckte, zugestimmt.

Der Einfluss dieser Gruppen ist insbesondere auf Folgendes zurückzuführen:

1. Die demokratischen politischen Institutionen bieten nur eine ungenügende Dosis an Demokratie, wenn sie „soziale Effekte“ wie etwa Gesetze und Maßnahmen formulieren.

Amartya Sen stellte fest, dass in „entwickelten Demokratien“ die öffentlichen Debatten als wichtige Komponente des Entscheidungsprozesses deformiert sind und einen sehr geringen Einfluss haben.

2. Der politische Entscheidungsprozess beruht offensichtlich eher auf Unwissen denn auf Wissen. Darüber hinaus wird Teilwissen und verdrehtes Wissen absichtlich genutzt, um Maßnahmen zu rechtfertigen und umzusetzen, die für den größeren Teil der Gesellschaften negative Folgen haben. Die Krise der Sachkenntnis ist offenbar. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat dies ebenfalls bekräftigt und darauf gedrängt, die Zivilisation der Experten zu verlassen, was in diesem Fall die Regierung der Experten bedeutet.
3. Die eigentliche Wissensproduktion, speziell die von sozialem Wissen (Wissen über die Gesellschaften), wird in unzureichenden wissenschaftlichen Rahmen verwaltet und kontrolliert. Dies hat nach Ansicht der Risikoforscher zu einem enormen Rückstand und zu einer Krise der Sozialwissenschaften geführt, bis zu dem Punkt, dass Unwissen statt Wissen produziert wird. Große Teile der sozialen Realität verbleiben im Dunkeln, da sie nicht Gegenstand einer angemessenen Forschung sind.
4. Trotz der weitverbreiteten Ansicht waren grundlegende moralische Werte selten ein wichtiger Antrieb für politische Maßnahmen. In den letzten drei bis vier Jahrzehnten wurde die Lücke zwischen den grundlegenden moralischen Werten und den politischen Maßnahmen jedoch zu groß und zu offensichtlich. Die Aushöhlung der moralischen Werte geht über die

Grenze hinaus, hinter der die Gesellschaften ernsthaft erkranken.

Neue Formen der Beratungstätigkeit – im öffentlichen Raum

In einem solchen Kontext ist es unmöglich, eine wirklich strukturierte Beteiligung der NRO am politischen Prozess zu erreichen. Allgemein hat die direkte Beteiligung am Kampf gegen Armut und Ungleichheiten kaum Aussicht auf Erfolg, da hier die Folgen (Symptome) bekämpft werden und nicht die Ursachen. Dieser Kampf wird im Namen einer Gruppe geführt (egal welcher Größe), während die Gesellschaften kollektiv von unbekanntem Risiken bedroht werden. Um eine veraltete und ineffiziente Projektion zu vermeiden, ist ein anderer Kampf mit anderen Mitteln nötig.

Die NRO müssen sich am Kampf für die Wiederherstellung der Rationalität der Gesellschaften beteiligen – dies ist eine Angelegenheit, die die Gesellschaft als Ganzes betrifft und nicht nur eine bestimmte Gruppe. Um hier Erfolge zu erzielen, müssen notwendigerweise auch Armut und Ungleichheiten reduziert werden.

Sollten NRO die Konfrontation suchen? „Konfrontation“ in ihrer bekanntesten und am leichtesten umzusetzenden Form ist möglicherweise keine gute Idee. Sie birgt das Risiko, in den so genannten *ostentativen Dissens*, in Proteste oder sogar in die Aufgabe früherer Interaktionen zurückzufallen, die als ineffektiv angesehen werden. Das wäre ein Fehler. Setzt Konfrontation aber die Suche nach bzw. den Einsatz von neuen und effektiven Formen des Einflusses voraus, dann ist die Antwort ein klares Ja. Leider sind diese Formen aber noch unbekannt bzw. werden noch nicht genügend akzeptiert, und es ist zu

bezweifeln, dass wir die Kapazität für ihre Umsetzung haben.

Eine andere Form des Lobbyings

Wir müssen die Unzulänglichkeit des Wissens aufdecken, das im politischen Entscheidungsprozess Anwendung findet. Dafür müssen wir aktiv an öffentlichen Debatten teilnehmen, öffentlich Kritik an der unzulänglichen kognitiven und moralischen Basis der Politik üben und **eine systematische Bewertung der sozialen Auswirkungen der politischen Maßnahmen durchführen.**

Dazu gehört auch, dass wir ein ausreichendes Wissen als Basis für die Politik erarbeiten und öffentlich machen (über eine öffentliche Debatte), indem wir systematisch und intensiv mit allen Arten von Medien zusammenarbeiten. Elektronische Medien sind ein großartiges Instrument, um viele Einschränkungen zu umgehen, die uns von dem aktuellen System auferlegt werden.

Wir sollten uns zusammen mit weiteren Akteuren für die Entwicklung der Politikwissenschaft interessieren und aktiv an ihr beteiligen, insbesondere, indem wir die politischen Hindernisse bei den Sozialwissenschaften und der sozialen Analyse beseitigen. Wir müssen intensive Beziehungen zu den relevanten Forschungszentren und Wissenschaftlern aufbauen und uns aktiver an einer adäquaten Sozialforschung beteiligen. Allgemein gesagt benötigen wir umfangreiche Aktionen, um eine Wissenschaft mit einer breiten zivilen Beteiligung aufzubauen (**eine demokratischere, ‚postakademische‘ Sozialwissenschaft**). Menschen mit Armutserfahrung an diesen Prozessen zu beteiligen, ist eine wesentliche Voraussetzung.

Wir müssen effektive Ansätze für eine lokale partizipative Demokratie steuern und aktiv umsetzen, und zwar gemeinsam mit von Armut betroffenen Menschen, in Bereichen wie die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und allgemein in allen weiteren Bereichen, die den Haushalt und die Einkommensverteilung betreffen.

Wir sollten Bündnisse mit weiteren wichtigen sozialen Akteuren eingehen. Vielleicht ist eine engere Zusammenarbeit mit religiösen Institutionen möglich und sogar notwendig, um den breiten und tiefen Niedergang der Moral zu bekämpfen.

Abschließend kann gesagt werden, dass eine Neuverteilung der Ressourcen notwendig ist, damit diese Visionen Wirklichkeit werden. Die Regierungen müssen verstehen, dass sie nicht *das Geld geben*; sie teilen nur das Geld anderer Leute zu bzw. verteilen es neu, und dies sollten sie auf eine Weise machen, die von den Steuerzahlern gewünscht ist. Diese Verteilung sollte ebenfalls demokratisch und partizipatorisch ablaufen.